



# DAS ROTE TUCH

## BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotzkistisch)

### Den Krankenwagen selber zahlen? Was versuchen sie als nächstes?

Wer in Not ist und einen Krankenwagen ruft, sollte ihn künftig erst selber bezahlen! Diese widerwärtige Sparmaßnahme hatte die Stadt Essen beschlossen. Andere Städte in NRW hatten bereits angekündigt, dies ebenfalls zu tun.

Zum Glück gab es sofort von allen Seiten empörten Protest. Und so wurde die Maßnahme erst mal wieder ausgesetzt, allerdings bislang nur für vier Monate.

267 Euro sollten die Betroffenen für einen Krankenwagen bezahlen, der lebenswichtig sein kann. All diejenigen, die wenig Geld haben, würden damit in die Situation gedrängt überlegen zu müssen, ob sie in ihrer Sorge einen Krankenwagen rufen oder versuchen, selber ins Krankenhaus zu fahren – mit all den dramatischen Folgen, die dies haben kann.

Ihr Versuch gibt uns einen kleinen Eindruck davon, was uns erst mit der angekündigten großen „Reform“ der Krankenversicherung erwarten dürfte, wenn wir uns dem nicht entgegenstellen!

Schon jetzt hängt immer mehr unserer Gesundheit vom Geld ab: Wie viele Medikamente, Untersuchungen und Therapien werden nicht mehr von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen? Wie lange muss man teilweise auf einen Arztermin, ein MRT oder eine Operation warten – mit der Folge, dass es teilweise zu spät für eine (vollständige) Heilung ist? Und reden wir gar nicht von der wachsenden Zahl an Privatstationen in den Krankenhäusern, an Arztpraxen nur für Selbstzahler...

Schleichend entwickeln sich auch hier Zustände, wie wir sie aus den USA und fast allen ärmeren Ländern kennen: Dass man nur dann halbwegs sicher und schnell behandelt wird, wenn man das Geld hierfür hat oder sich zum Teil für Jahre und Jahrzehnte verschuldet.

Dass hier nach dem Ende des 2. Weltkriegs ein etwas sozialeres System eingeführt worden war, lag nicht daran, dass die Herrschenden hier damals

menschenfreundlicher gewesen wären – sondern daran, dass sie Angst hatten, und zwar vor den Arbeiter\*innen.

Nach dem 1. Weltkrieg hatten diese sich nämlich in Revolutionen erhoben. Sie wollten die Kapitalisten entmachten, die sie mit ihrem Kampf um Rohstoffe und Profit in einen Weltkrieg gestürzt hatten. Nur knapp gelang es der kapitalistischen Klasse, an der Macht zu bleiben.

Nach dem 2. Weltkrieg hatten die Herrschenden Angst, dass sich dies wiederholen könnte. Die große Mehrheit der Bevölkerung machte damals zurecht die Großkonzerne für die Katastrophe des Faschismus und des 2. Weltkriegs verantwortlich und verlangte nach deren „Sozialisierung“.

Darüber hinaus wollten die Regierungen im Westen in ihrer Konkurrenz zur „Ostzone“ den Arbeitern das System halbwegs schmackhaft machen. Aus all den Gründen waren sie bereit, auf einen kleinen Teil ihrer (von den Arbeitenden geschaffenen) Profite zu verzichten, um die Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung massiv zu verbessern.

Sie wollten die Illusion schüren, es herrsche gar nicht mehr Kapitalismus, sondern eine andere Wirtschaftsordnung, die sie „soziale Marktwirtschaft“ tauften. Sie hofften, auf diese Weise Revolten der Arbeitenden zu verhindern – umso mehr, da gerade das sogenannte „Wirtschaftswunder“ begann, dessen sprudelnden Profite sie nicht gefährden wollten.

Doch die Zeiten sind lange vorbei. Seit mehreren Jahrzehnten holt sich die herrschende Klasse Stück für Stück all das wieder zurück, was sie uns hatten zugestehen müssen – zugunsten der Profite der Kapitalisten. Statt mit dem Fortschritt von Wissenschaft und Technik immer besser zu werden, werden Gesundheitsversorgung, Arbeitsbedingungen und Renten seit Jahren schlechter.

Und heute wollen sie zu einem Generalangriff übergehen.

Angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise lassen sie auch die letzte soziale Maske fallen. Jetzt gilt nur eins: Mit allen Mitteln dafür zu sorgen, dass die Kapitalisten auch in dem immer härteren internationalen Konkurrenzkampf weiter ihre Profite steigern können.

Gigantische Summen hat die Regierung dafür bereits ausgegeben. Allein in den letzten drei Jahren hat sie die Steuern der Kapitalisten um fast 100 Milliarden Euro pro Jahr gesenkt. Sie hat ihnen außerdem mehrere hundert Milliarden Euro an Subventionen geschenkt – von den hunderten Milliarden an Rüstungsaufträgen ganz zu schweigen. Und die Kapitalisten verlangen immer mehr.

Die Kapitalisten sind dank dieser Politik so reich wie noch nie. Die Zahl der Milliardäre in Deutschland ist in diesem Jahr noch einmal um ein Drittel (!) gestiegen. Unter ihnen Besitzer von Chemiefirmen, aus Maschinenbau, Rüstung und Autoindustrie – also genau die, denen die Regierung das meiste Geld in den Rachen geworfen hat, weil es ihnen angeblich so schlecht gehe.

Und wir sollen dafür bezahlen. Deshalb die Ankündigung eines regelrechten Kahlschlags bei Krankenversorgung und Rente. Deshalb die drastischen Kürzungen bei allen Teilen des Öffentlichen Dienstes, die vor allem der normalen Bevölkerung nutzen. Und das ist erst der Anfang.

Wenn es so weiter geht, drohen sie uns wortwörtlich um 100 Jahre zurückzuwerfen, als ihre Krise und ihr internationaler Konkurrenzkampf um Rohstoffe und Märkte bereits zwei Mal in die Barbarei eines Weltkriegs geführt haben.

Wenn wir dies verhindern wollen, werden wir das wieder aufnehmen müssen, was die Arbeiterinnen und Arbeiter am Ende des 1. Weltkriegs begonnen haben: Wir müssen den Kapitalisten die Macht über die Betriebe und den Staat wegnehmen – und sie selber unter unserer Kontrolle im Interesse der Allgemeinheit leiten.

## Vor 500 Jahren: Der deutsche Bauernkrieg – eine vergessene Revolution

Vor 500 Jahren, zwischen 1524 und 1526, versetzten an die 300.000 Bauern den damals herrschenden Adel und die Kirche in Angst und Schrecken. In großen Teilen des damaligen deutschsprachigen Raums bewaffneten sie sich und kämpften für ein Leben in Freiheit.

Die meisten Bauern waren damals Leibeigene und gehörten damit quasi ihrem adeligen Gutsbesitzer. Sie mussten neben ihren eigenen Feldern auch noch dessen Felder bestellen und andere, sogenannte Frondienste für ihn leisten. Sie durften nicht wegziehen oder ohne die Zustimmung des Gutsbesitzers heiraten. Und immer häufiger mussten sie für die ständigen Machtkämpfe ihrer Herren in den Krieg ziehen.

Und dann gab es auch noch die katholische Kirche, die sie ebenfalls auspressete. Selbst als die Pest wütete und eine kleine Eiszeit die Ernten zerstörte, verlangten Kirchenfürsten und Adelige gnadenlos weiter einen Teil der Ernte, um ihr Luxusleben zu finanzieren – selbst wenn die Bauernkinder dafür verhungern mussten.

Die Kirchenfürsten erzählten ihnen, all dies sei Gottes Wille, so stehe es in der Bibel. Doch diese gab es nur auf Latein. Dann aber übersetzte Martin Luther 1522 zum ersten Mal die Bibel ins Deutsche. Und die Bauern entdeckten, dass dort nichts stand von Leibeigenschaft oder dem Recht des Adels zu herrschen. Immer mehr begann es unter ihnen zu rumoren.

Und dann war es wie so oft eine Kleinigkeit, die das Feuer in Brand setzte. Überliefert ist, dass eine Gräfin von ihren Bauern verlangte, sie sollten mitten in der wichtigen Erntezeit die Felder verlassen, um für sie Schneckenhäuser und Beeren zu sammeln. Diese Verachtung und Arroganz brachte das Fass zum Überlaufen. Die Bauern bewaffneten sich, zogen zum Schloss und forderten das Ende der Willkür. Nach wenigen Tagen hatten sich ihnen 1.200 weitere bewaffnete Bauern angeschlossen.

Von da an kam es über zwei Jahre hinweg an immer neuen Orten zu Aufständen der Bauern, mit oft zehntausenden Kämpfern. Sie zündeten die Burgen der Adeligen an, verbrannten die Dokumente ihrer Leibeigenschaft und plünderten die reichen, verhassten Klöster. Und schon bald stellten sie außerdem beeindruckende Forderungen auf.

Diese angeblich „ungebildeten“ Bauern, die großteils nicht einmal lesen und schreiben konnten, entwickelten ein politisches Programm, das man mit Fug und Recht als Grundlage der bürgerlichen Revolutionen und der „Bürger- und Menschenrechte“ der französischen Revolution ansehen kann.

So forderten sie die Abschaffung der Leibeigenschaft und das Ende der Willkür-Herrschaft von Adel und Kirche. Stattdessen sollten anerkannte „ehrbare Männer“ (sprich von der Bevölkerung gewählte Männer) Steuern festlegen und Recht sprechen. Und sie verlangten, dass Wälder, Seen und Gemeindeäcker kein Privateigentum sein dürften, sondern jeder dort jagen, fischen, Holz sammeln und sein Vieh weiden dürfe.



Anfangs gelang es den Adeligen oft, die örtlichen Aufstände durch List und Tücke zu beenden. Sie versprachen den Bauern, alle Forderungen umzusetzen... aber nur, wenn diese als Gegenleistung ihre Waffen abgaben. Doch sobald die Bauern die Waffen abgegeben und wieder in ihre Dörfer zurückgekehrt waren, brachen die Machthaber alle Versprechen und richteten ein Blutbad unter den Bauern an.

Es wurde immer deutlicher, dass die Bauern den Adeligen nicht trauen konnten. Dass es nötig war, sie vollständig zu entmachten und selber eine neue Herrschaftsordnung zu errichten, wie die Bauern sie in ihrem politischen Programm forderten.

Doch dazu hätten die Bauern die Unterstützung der Städte gebraucht. Denn hier befanden sich modernes Handwerk, Handel, Wissenschaft und Technik und damit das Herz der künftigen, bürgerlichen Gesellschaftsordnung.

Auch die Handwerker und das Bürgertum der Städte litten unter der Willkür von Adel und Kirche, die sie obendrein mit durchfüttern mussten. Wenn ein Baueraufstand in ihrer Gegend ausbrach, schlossen sich nicht wenige kleine Städte daher den Bauern auch an. Nicht jedoch die großen Städte, wo die reichen Kaufmannsfamilien lebten.

Als die Bauern Ideen von allgemeiner Gleichheit entwickelten und immer radikaler wurden, bekamen diese es mit der Angst zu tun und schlugen sich offen auf die Seite der alten Machthaber. Martin Luther, ihr Sprachrohr, rief dazu auf, man solle die Bauern wie „einen tollen Hund totschlagen“.

Die Bauern kämpften noch lange mutig weiter. Doch vom Bürgertum im Stich gelassen, mussten sie irgendwann kapitulieren. Es folgte eine Welle des Terrors, mit der sich die Machthaber dafür rächteten, dass die Bauern sie in solche Angst versetzt hatten. Bis zu 100.000 Bauern wurden getötet.

Adel und Kirche hofften, dadurch ein für alle Mal jeden Funken von Revolte erstickt zu haben. Vergebens! Auch wenn eine Zeit lang Friedhofsruhe herrschte, musste ihre kaputte mittelalterliche Gesellschaftsordnung zwangsläufig irgendwann zu weiteren Revolten führen... bis die Welle der Revolutionen des 17. – 19. Jahrhunderts ihr letztlich überall den Garaus machte und an ihrer Stelle die damals noch fortschrittliche, bürgerlich-kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung trat.

In den damaligen Kämpfen der Bauern erkannten einzelne Mitstreiter wie Thomas Münzer oder Michael Gaismaier sogar schon, dass selbst das nicht reichen würde. Dass Armut und Ausbeutung erst dann beendet würden, wenn man das Privateigentum an Boden und größerem Besitz ganz abschafft.

Mit der Arbeiterklasse gibt es heute eine große ausgebeutete Klasse in den Städten, die durch ihre Rolle im Herzen der Industrie die Macht in der Hand hält, eine solche grundlegende Umwälzung der Gesellschaftsordnung zu erkämpfen... wenn sie sich ihrer Macht bewusst wird. Auch deshalb erfahren wir heute über den Bauernkrieg und seine Lehren fast gar nichts, weder in der Schule noch in den Medien. Nachher könnte uns dies noch auf Ideen bringen...

## Venezuela: Die USA führen bereits Krieg, ohne es so zu nennen

Von Woche zu Woche verschärft US-Präsident Trump die kriegerischen Maßnahmen gegen Venezuela.

Seit August hat die US-Armee einen Flugzeugträger mit zig Kampfjets, ein Atom-U-Boot sowie mindestens acht weitere Kriegsschiffe vor der Küste Venezuelas positioniert.

Und sie hat bereits an die 30 Boote abgeschossen und über 100 Matrosen getötet, unter dem erlogenen Vorwand, diese Boote würden Drogen transportieren.

Vor einer Woche hat die US-Armee dann, wie in einem Piraten-Film, einfach einen venezolanischen Öl-Tanker gekapert und beschlagnahmt, das heißt gestohlen. Und jetzt hat Trump verkündet, von nun an alle von ihm „sanktionierten“ Öl-Tanker auf diese Weise zu beschlagnahmen.

Öl ist Venezuelas einzige größere Einnahmequelle. Dass die einfache Bevöl-

kerung massiv darunter leiden wird, wenn diese durch die Blockade der Öl-Tanker einbrechen sollte, ist von Trump sogar gewünscht. Dies könnte Trumps Ziel, den Sturz der venezolanischen Regierung, schließlich beschleunigen.

Man muss sich nur mal vorstellen, was los wäre, wenn China, Russland oder Venezuela etwas Ähnliches mit US-Schiffen machen würden!

Dem Gegner zwar nicht den Krieg zu erklären, aber ihn trotzdem zu führen: Die mächtigste imperialistische Macht der Welt kann sich das erlauben, ohne Gegenschläge fürchten zu müssen.

Denn in der kapitalistischen Weltordnung gilt kein Völkerrecht, sondern einzig das Recht des Stärkeren, auf das sich US-Präsident Trump – anders als seine Vorgänger oder die Staatschefs in Europa – sogar ganz offen beruft. Dementsprechend macht er keinen Hehl daraus, was er will.

Trump will mit diesen brachialen Methoden den Sturz des venezolanischen Regimes durchsetzen. Dies haben auch die letzten US-Präsidenten bereits versucht, nur nicht ganz so offen. Das Regime ist den USA seit langem schon ein Dorn im Auge, denn es gehorcht ihnen nicht. Das venezolanische Regime war sogar so frech, seine Öl-Vorkommen zu verstaatlichen, die die größten der Welt sind und die bis dahin US-Ölkonzerns ausgeplündert hatten.

Was für die US-Regierung vielleicht noch schlimmer ist: Dieses Öl verkauft Venezuela nun zum Großteil an China, den gefährlichsten Konkurrenten der USA. Und das, wo doch die USA ganz Zentral- und Lateinamerika als Hinterland, quasi als ihre Kolonie betrachten!

Die USA sind bereit, für ihre Machtinteressen und ihren Wirtschaftskrieg gegen China einen Krieg nach dem anderen zu schüren. Selbst wenn am Ende die ganze Welt darin versinkt.

## „Wir sterben nicht in euren Kriegen“

Bei dem „Schulstreik gegen die Wehrpflicht“ am 5. Dezember waren rund 35.000 Leute, vorwiegend Schülerinnen und Schüler auf der Straße. Sie protestierten gegen die Wehrpflicht und gegen das, was die Regierung mit ihr vorbereitet: nämlich Krieg!



Mit Plakaten wie „Die Jugend ist kein Kanonenfutter“, „Wir sind keine Merz-Soldaten“ oder auch „Wir kämpfen nicht für ein Land, das nicht für uns kämpft“ machten sie deutlich, dass die Kriege, die die deutsche Regierung vorbereitet, nicht ihre Kriege sind. Denn der Regierung geht es (wie allen Regierungen) nicht darum, die Freiheit und die einfache Bevölkerung zu verteidigen, sondern die Interessen der Reichen und Mächtigen.

Die streikenden Jugendlichen erklärten, dass sie nicht bereit sind, dafür zu sterben. Und sie haben absolut recht! Um unsere Zukunft, unser Leben zu verteidigen dürfen wir nicht die Jugend lehren, gegen junge Leute anderer Länder zu kämpfen – sondern wir müssen irgendwann alle gegen die Herrschenden im eigenen Land und das kapitalistische System kämpfen, das uns mit seiner Profit- und Kriegstreiberei gefährdet.

## Sie jammern mit vollem Mund

In keinem Land Europas gibt es so viele Milliardäre wie in Deutschland.

Laut der Schweizer Großbank UBS liegt dies vor allem daran, dass die deutsche Wirtschaft (allen Unken-Rufen zum Trotz) „in mehreren Industriesektor – von Pharma über Maschinenbau bis Konsumgüter – federführend ist“.

Diese Industriekonzerne sind so profitabel, dass sie ihre Besitzer immer reicher machen.

Allein im letzten Jahr haben die reichsten 156 Konzernbesitzer ihr Vermögen noch einmal um 146 Milliarden Dollar auf insgesamt 692 Milliarden Dollar gesteigert.

Die gleichen Industriekonzerne schließen derzeit Werke und zerstören die Existenzgrundlage zehntausender Arbeitender: mit dem Argument, dass sie wegen der Krise unbedingt harte Sparmaßnahmen vornehmen müssten.

Da weiß man, wo dieses eingesparte Geld hinfließt.

## Momox: Streik gegen die Angst

Minutengenaue Kontrollen der Pausen- und Toilettenzeiten, Niedriglöhne, Entlassung von krank geschriebenen Arbeitern, immer mehr Arbeitsverträge, die nur auf drei Monate befristet sind: Das sind die Arbeitsbedingungen in den Lagern des Online-Händlers Momox.

Dagegen haben Kolleginnen und Kollegen in dem Leipziger Lager nun zum ersten Mal in ihrem Leben gestreikt.

Damit hatten die Bosse von Momox nicht gerechnet. In dem Lager, in dem 1.200 Leute arbeiten, haben sie ganz bewusst mehrheitlich Arbeiter eingestellt, deren Aufenthaltsgenehmigung davon abhängt, ob sie Arbeit haben – und die sich sprachlich nur schwer untereinander verständigen können.

Umso mehr sind die Streikenden stolz darauf, dass sie den Mut gefasst haben sich zu organisieren und bereits zwei Mal zu streiken. Wie einer der Streikenden es ausdrückte: "Wir sprechen mit Händen und Füßen. Trotzdem finden wir Wege, uns zu verstehen. Heute sind wir alle zusammengekommen."



## Bald eine Erzieherin pro Kita?

Schon wieder hat die NRW-Landesregierung (CDU, Grüne) den Betreuungsschlüssel in den Kitas verschlechtert. Künftig dürfen in einer Kita-Gruppe sechs Wochen am Stück 3-4 Kinder mehr betreut werden, als eigentlich erlaubt ist. Zwei Erzieher\*innen müssen sich dann um 13 Kleinkinder von 1-2 Jahren kümmern!

Die Regierung behauptet, durch diese „Lockeung“ die häufige Schließung von Kitas zu vermeiden, die viele Eltern mittlerweile an den Rand eines Nervenzusammenbruchs bringt.

Doch das ist eine Lüge. Bereits die letzte Verschlechterung hat nicht dazu geführt, dass die Kitas weniger häufig schließen müssen. Im Gegenteil, sie hat dazu geführt, dass noch mehr Erzieher\*innen unter den extremen Bedingungen krank werden oder den Beruf ganz aufgeben.

Der Personalmangel und die daraus folgenden Kita-Schließungen sind ein Ergebnis der systematischen Unterfinanzierung der Kitas. Und angesichts der massiven Sparvorhaben der Regierung, die ja schließlich ihre Milliardengeschenke an die Großkonzerne und ihre Aufrüstung bezahlen muss, drohen die Zustände eher noch schlimmer zu werden.

Bessere Bedingungen können sich Beschäftigte, Kinder und Eltern nur von einem Kampf gegen eben diese Spar-Politik erhoffen.

## Warnhinweis: Arbeiten kann tödlich sein

Nach dem neuen Renten-Gesetz der Regierung sollen wir möglichst alle nicht nur bis 67 arbeiten, sondern noch länger – wenn auch zunächst noch „freiwillig“.

In Italien können wir sehen, wohin das führt. Auch dort müssen immer mehr Arbeitende mit 67 oder 70 Jahren noch arbeiten. Doch natürlich vertragen viele in dem Alter nicht mehr so gut Stress, Hitze und körperliche Anstrengungen.

Das Ergebnis: Die Zahl der Arbeitsunfälle ist deutlich nach oben gegangen. Ein Drittel der Todesfälle am Arbeitsplatz waren Arbeitende über 60!

Ähnliches will nun auch die Regierung in Deutschland machen. Ihre Rentenpläne sind wortwörtlich mörderisch!

## Opfer ihres Handelskriegs

Es ist krank: Kiekert ist auf dem Weltmarkt führender Produzent von Autoschlössern. Und noch bis vor kurzem gab es mehr als genug zu tun. Doch nun muss Kiekert in Heiligenhaus plötzlich Insolvenz anmelden, und 700 Arbeitnehmerinnen und Arbeiter stehen auf der Straße. Denn auf einen Schlag wurden viele große Aufträge aus den USA gestrichen. Einzig deshalb, weil Kiekert... einem chinesischen Konzern gehört!

Das ist eine der Folgen des immer heftigeren Wirtschaftskrieges, den die USA gegen ihren Konkurrenten China führen. Die Opfer dieses absurd Konkurrenzkampfes sind die Arbeitenden in China, in den USA und der ganzen Welt, bis nach Heiligenhaus.

## BASF: Vampire am Werk

Bei BASF bangen Kolleg\*innen um ihren Arbeitsplatz, ganz viele Befristete, Leiharbeiter und Arbeiter der Subfirmen wurden bereits entlassen. All das mit der Begründung, dass BASF durch hohe Kosten zu stark belastet sei.

Im gleichen Atemzug hat der Konzern zugesichert, in den nächsten vier Jahren... 12 Milliarden Euro an Dividenden an die Aktionäre auszuzahlen.

Diese kapitalistischen Großaktionäre saugen wie Vampire die Kohle aus den Betrieben. Sie, nicht die Kollegen, sind die wahre Belastung, gegen die wir Arbeitenden vorgehen müssen, wenn wir unsere Arbeitsplätze schützen wollen.

**Wollen Sie uns erreichen?**

### DAS ROTE TUCH

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de Telefon: 0151-55570980

[www.bund-revolutionärer-arbeiter.org](http://www.bund-revolutionärer-arbeiter.org)

*Das Rote Tuch kann man auch abonnieren, für 14€ pro Jahr!*